

19.45

Abgeordneter Franz Hörl (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Frau Rechnungshofpräsidentin! Wir behandeln heute vier zentrale Kapitel aus Verkehrsbereichen: das Pensionsrecht der ÖBB-Bediensteten, auch der Beamten, die Österreichische Breitbandstrategie 2020, die Bundesanstalt für Verkehr, das wurde schon öfter erwähnt, und die zivile Flugsicherung.

Alle diese Berichte stammen aus den Jahren 2016 und 2017, sie befassen sich eigentlich mit der Ministerzeit des Herrn Klug, der im Jahr 2016 vier Monate lang Verkehrsminister war, und des Herrn Leichtfried. Keiner von ihnen ist hier, es fehlt auch Frau Bures, es fehlt Herr Stöger, und Herr Faymann ist ja Gott sei Dank nicht mehr hier. Aber Sie müssen sich schon sagen lassen, dass das alles Minister Ihrer Regierung waren und dass das durchgehend seit 2007 in Ihrem Verantwortungsbereich war.

Ich spreche hier die Bundesanstalt für Verkehr an – ich möchte darauf nicht eingehen – und das, was sich dort abgespielt hat. Diesbezüglich ist nicht einmal der Minister schuldig, aber man kann nicht glauben, dass es in diesem Ministerium überhaupt zu solchen Zuständen kommen kann. Man war beim Hubschrauberunfall am Achensee nicht einmal in der Lage, einen anständigen Unfallbericht zu verfassen. Der Bericht musste weggeschmissen und ein neuer angefordert werden. Und in diesem Bericht ist zu lesen, dass eigene Beamte als Sachverständige privat bezahlt wurden, dass Geld verschwendet wurde, 400 000 Euro. Dass so etwas in einem großen Ministerium passiert, sollte uns wieder zeigen – und das sollte allen klar sein –, dass wir hier genauer hinschauen müssen, und zwar in allen Ministerien. Und diese Verantwortung tragen Sie.

Weil die Austro Control hier so gelobt wird: Ich sehe es schon sehr, sehr kritisch, dass die Piloten der Austro Control nach wie vor für die AUA und für andere Fluggesellschaften, auch für Hubschrauber-Flugunternehmen, fliegen. Ich darf Sie daran erinnern, dass es auch am Großglockner einen schweren Unfall mit drei Toten gegeben hat, wo die Maschine von einem Prüforgang der Austro Control geflogen wurde. Also das sehe ich schon sehr kritisch. Das wäre ungefähr so, als würde der Getränkesteuerprüfer bei mir Bier ausschenken und dann vielleicht kassieren. Das sehe ich sehr, sehr kritisch.

Und bei den Österreichischen Bundesbahnen – da können Sie sich aufregen, wie Sie wollen, Herr Knes – stimmt halt noch immer nicht alles. Im Jahr 2014 betrug das durchschnittliche Pensionsantrittsalter 52,5 Jahre, im Jahr 2016 war es bei 56 Jahren. (*Zwischenruf des Abg. Knes.*) Wenn Sie, Herr Knes, dann hier von altersbedingten Pensio-

nen sprechen, muss ich Sie fragen: Wissen Sie, wie viele ÖBB-Bedienstete im Jahr 2016 mit 61 Jahren in Pension gegangen sind? – 186, ein paar Hanseln, der Rest ging früher in Pension. *(Zwischenrufe bei der SPÖ.)*

Frau Rechnungshofpräsidentin, eines möchte ich schon anregen: dass zu diesem Thema bei den Österreichischen Bundesbahnen laufend Prüfungen gemacht werden, denn wenn man Ihre Berichte anschaut, so sieht man, dass die Empfehlungen einfach nicht umgesetzt worden sind, und das kostet den Staat viel Geld. *(Abg. Loacker: Der Hofer hat gesagt, er ...!)* Deshalb würde ich vorschlagen, dass wir dort laufend kontrollieren. Das ist nämlich das, was Sie in der Privatwirtschaft auch machen – die Kollegen von den NEOS müssten das ja auch wissen, Herr Loacker –: Was machen Sie, wenn Sie in der Privatwirtschaft ein Problem haben? – Sie holen sich einen Prüfer und der beobachtet das die ganze Zeit.

Ich kann nur sagen: genauer hinschauen, dauernd hinschauen, und im Übrigen die Empfehlungen des Rechnungshofes bitte befolgen, das schont die Staatskassa und verhilft zu mehr Gerechtigkeit, und das wollen wir alle. – Danke. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

19.48

Präsidentin Anneliese Kitzmüller: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Kollross. – Bitte.